Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 113 (2019)
Heft: 1-2

Artikel: Religionsgemeinschaften, Laizismus und die SP Schweiz
Autor: Mader, Fréderic
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-868044

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Religionsgemeinschaften, Laizismus und die SP Schweiz

Fréderic Mader

Die SP Schweiz bewegt sich zwischen Laizismus im Parteiprogramm und jüngsten Forderungen nach öffentlich-rechtlicher Anerkennung des Islam. Was fehlt, ist aber eine grundsätzliche Debatte zu Religion und Staat. Ein Diskussionsbeitrag eines jungen Aktivisten.

Als Christian Levrat, Präsident der SP Schweiz, im Mai 2018 die öffentlich-rechtliche Anerkennung des Islams in der Schweiz forderte, befand ich mich mitten in meiner Maturaarbeit. Ich hatte mir vorgenommen, die Religionspolitik der SP mit Fokus Islam zu analysieren. Dies in Zeiten, in denen in Europa intensiv über Flüchtlinge, Nationalismus und zunehmend auch die sogenannte «Islamisierung» diskutierte.

Rückblickend steht das Anliegen von Christian Levrat für mich sinnbildlich für den Umgang der SP mit religiösen Bewegungen. In seiner Forderung stecken gut gemeinte Ansätze: Durch die Anerkennung religiöser Gemeinschaften sollen Rechtsstaatlichkeit und Einhaltung der Menschenrechte gefördert werden. Dem Ansinnen mangelt es jedoch an einer Reflexion der Partei zum Verhältnis von Religion und Staat. Und so reiht sie sich in die Menge an Aussagen über Religion seitens von SP-VertreterInnen ein, die eher persönliche Ansichten auszudrücken scheinen, als dass sie eine parteipolitische Strategie widerspiegeln würden, die in einer Grundsatzdiskussion innerhalb der Partei ausgearbeitet worden wäre.

Eine Ursache für diese unkoordiniert wirkenden Statements liegt im Parteiprogramm der SP Schweiz. Was nach einer klaren Positionierung aussieht, entpuppt sich bei genauem Hinschauen als wenig konkret: So heisst es im Parteiprogramm von 2010, dass man jedem religiösen Fundamentalismus den Grundsatz einer pluralistischen Gesellschaft und eines laizistischen Staates entgegenhalten wolle. Und dass der Staat gegenüber jeglichen Religionen strikte Neutralität wahren und auf das Propagieren eines «wahren Glauben» verzichten solle. Was die SP im Parteiprogramm festgehalten hat, ist nachvollziehbar, aber nicht ausreichend.

Die Debatte ist längst überfällig

Eine laizistische Trennung von Religion und Staat bedeutet, dass es keine öffentlich-rechtliche Anerkennung von einzelnen Religionsgemeinschaften geben soll. Das Modell verschiedener Kantone hingegen ermöglicht genau diese Privilegierung von Religionen durch die öffentlich-rechtliche Anerkennung. So dürfen im Kanton Bern die evangelisch-reformierte, die römisch-katholische und die christkatholische Kirche Kirchensteuern über die kantonalen Steuern einziehen. Diese Form des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat kennt nur die Einschränkung, dass der Staat sich nicht zu einer Religion bekennt.

An zwei Beispielen lassen sich diese Unklarheit zwischen Parteiprogramm und Äusserungen des Parteipräsidenten sowie die damit verbundene politische Tragweite erläutern: Zum einen ist dies die bereits erwähnte öffentlich-rechtliche Anerkennung des Islams und zum anderen das viel diskutierte Verhüllungsverbot.

Die Forderung nach öffentlich-rechtlicher Anerkennung des Islams in der Schweiz ist insofern interessant, als dass sie die Integration des Islams in die schweizerische Gesellschaft vorantreiben will und der Aussage, «der Islam gehört nicht zur Schweiz» auf eine konstruktive Art begegnet. Diese Diskussion zeigt an, dass die SP gewillt ist, der latent schwelenden

Religionen sind keine Fussball-vereine

Problematik auf einer grundsätzlichen Ebene zu begegnen. Dass diese Debatte längst überfällig ist, hat sich an der Tagung vom 16. Juni 2018 der SP Schweiz zum Thema Islam in der Schweiz gezeigt. integraUNIVERSELL, eine unabhängige Gruppe von SP-PolitikerInnen aus der ganzen Schweiz, hat in einem Positionspapier auf die Thesen der SP-Parteileitung reagiert: «Bevor eine spezifische Islam-Tagung abgehalten wird, hätte zuerst basisdemokratisch darüber diskutiert und befunden werden müssen, ob die Partei überhaupt Religionspolitik im Sinne einer Parteinahme für eine spezifische Religionsgemeinschaft [...] betreiben soll [...].»

Die Gruppe fordert also, dass vor der Anerkennung von Religionsgemeinschaften eine grundsätzliche Klärung und Präzisierung der Haltung gegenüber Religionen im Parteiprogramm vorgenommen werden müsse. Die Diskussion über das Verhältnis von Religion und Staat solle nicht exemplarisch anhand einer einzigen Religionsgemeinschaft geführt werden, so integraUNIVERSELL. Denn die Diskussion anhand einer Religion birgt mindestens zwei Problematiken. Zum einen ist diese Debatte zu stark geprägt von der Aktualität und von Ansichten einzelner PolitikerInnen. Zum anderen besteht so die Gefahr, dass die Forderung nach öffentlicher Anerkennung je nach Religionsgemeinschaft unterschiedlich geführt wird, da es keine grundlegenden Prinzipien und politischen Strategien zur Integration von Religion in die Gesellschaft gibt.

In Religionsgemeinschaften Grundrechte gewährleisten

Das sogenannte Verhüllungsverbot wurde als nationale Volksinitiative vom rechtskonservativen Egerkinger Komitee lanciert. Die Diskussion in der SP dazu zeigt eine weitere Problematik, die einem Mangel an parteipolitischen Grundsätzen entspringt. Unter dieses Verhüllungsverbot fallen auch religiös bedingte Verhüllungen (Niqab, Burka etc.), welche weite Teile der SP als Ausdruck patriarchaler Verhältnisse lesen. Dennoch wurde das Verhüllungsverbot bisher von keiner Instanz der SP unterstützt. Denn durch das Verbot würden Frauen, die aus religiösen Gründen ganzkörperlich verhüllt sind, noch mehr isoliert, da sie wohl ohne Verhüllung keinen Zugang zur Öffentlichkeit mehr hätten.

Meiner Ansicht nach ist nicht die kulturrelativistische Haltung, die der SP von Kacem El Ghazzali (Autor und Islamkritiker) vorgeworfen wird, Grund für das Ausbleiben einer klaren Stellungnahme zu dieser Frage. Dass ein Verbot wenig nützt, zeigt das Beispiel Frankreich, wo Bussen mitunter von reichen Muslimen bezahlt werden. Aber wie soll der Staat sonst mit patriarchalen Verhältnissen in einer Religion umgehen? Diese Frage konnte die SP noch nicht beantworten. Sie unterstützt jedoch verschiedene Massnahmen zur Förderung der Sicherheit von Frauen, etwa durch die Unterstützung der Istanbul-Konvention gegen geschlechtsspezifische und häusliche Gewalt.

Religionen sind Gemeinschaften, die das Leben von Menschen auf einer integrativen, normativen und gesellschaftlichen Ebene stark beeinflussen können. Deshalb kann man Religionen nicht wie Fussballvereine oder Chöre behandeln. Die Frage, wie der Staat in ideologiestiftenden Gemeinschaften Grundrechte gewährleisten kann, ist schwierig zu beantworten. Denn es ist unklar, welche Massnahmen zu welchen Wirkungen führen oder ob und wie diese die Religionsfreiheit einschränken. Die Frage kann aber nicht beantwortet werden, ohne eine grundlegende Haltung zum Verhältnis von Religion und Staat zu entwickeln.

Mit integraUNIVERSELL bin ich der Ansicht, dass die Diskussion zu diesem Verhältnis in der SP dringend und grundsätzlich geführt werden sollte. Die Politik der öffentlich-rechtlichen Anerkennung birgt meiner Meinung nach einige Probleme. Man priorisiert zwangsweise Religionsgemeinschaften, wenn nicht alle gleichermassen anerkannt werden. Die aufklärerische Haltung der SP sollte aber in eine strikte Trennung von Religion und Staat münden und einen neuen Weg der Zusammenarbeit suchen, der unabhängig ist von einer öffentlich-rechtlichen Anerkennung einzelner Gemeinschaften. Diese darf und kann nicht das Ziel einer Partei sein, die sich für Gleichheit sowie Religions- und Kulturvielfalt einsetzt. Der Staat muss die Demokratisierung und die Gleichberechtigung in und von allen Religionsgemeinschaften der Schweiz fordern und fördern. Dies ist aber nur mit Massnahmen möglich, die auch für alle gelten. ●

○ Fréderic Mader, *2000, ist Maturand am Gymnasium Hofwil bei Bern und seit 2014 Mitglied der Juso Schweiz. Er gründete 2015 das Jugendparlament der Stadt Bern mit und war dessen Co-Präsident. Er hat auch das Jugendparlament des Kanton Bern mitgegründet und ist in der Gründungsgruppe für den Nationalen Jugendrat. Seine Maturarbeit schrieb er zum Thema *Analyse der Religionspolitik der Sozialdemokratischen Partei Schweiz mit Fokus Islam*.

frederic.mader@outlook.de

Das Reich Gottes im Blick

Christoph Ammann

Der Relaunch der *Neuen Wege* gibt Anlass, über die Identität der Zeitschrift nachzudenken. Was könnte es heissen, religiös-sozial zu sein? Und was hat das mit dem Reich Gottes zu tun? Überlegungen vom Co-Präsidenten der Freundinnen und Freunde der *Neuen Wege*.

Die Frage, wer wir sind – als Einzelne oder als Kollektiv –, zielt nicht nur auf ein konstatierendes «So bin/sind wir eben». Sie hat zugleich einen normativen Aspekt: «Wie wollen wir sein?» – «Sind wir auch das, was wir vorgeben zu sein?» – «Verdienen wir die Begriffe auch, die wir auf uns anwenden?»

Unsere Identität ist nicht in derselben Art festgelegt wie die eines Gegenstands, der mit sich über die Zeit hinweg identisch bleibt. Menschen oder Institutionen können sich verändern und sich dennoch selbst treu bleiben. Paul Ricoeur veranschaulicht diese Form der Identität am Phänomen des Versprechens und